

Hinweis

Diese Schaubilder enthalten urheberrechtlich geschützte Darstellungen und sollen den Teilnehmern zur Wiederholung des Lehrinhalts der Vorlesung Informatikrecht sowie künftig als Gedächtnisstützen dienen.

Sie sind nicht zur allgemeinen Veröffentlichung in Foren, sozialen Netzwerken oder sonstigen Publikationen bestimmt.

Vorlesung Informatikrecht

- Sommersemester 2015 -

Technische Universität München
Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik
LE 1

Folgende Vorlesungstermine sind geplant

20.04.2015

04.05.2015

18.05.2015

01.06.2015

15.06.2015

29.06.2015

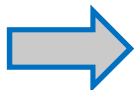
Klausur ?

Termin wird noch bekannt gegeben

Recht hat auch mit Fairness zu tun

KLAUSURANMELDUNGEN

	Vorgabe	Teilnehmer
2013	80	79
2014	80	69
2015	80	?



Geben Sie rechtzeitig bekannt, wenn Sie nicht antreten –

Seien Sie Fair!

THOMAS FISCHER

"Jura ist leicht"

Im Jurastudium muss man viel auswendig lernen? Blödsinn, sagt Bundesrichter Thomas Fischer. Was an den Unis alles falsch läuft, erklärt er hier. INTERVIEW: LEONIE SEIFERT

ZEIT Campus Nr. 06/2014

120 Kommentare | 



Der Strafrechtler Thomas Fischer, 61, ist seit einem Jahr Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe. | © Uli Deck/EPA/dpa

ZEIT Campus: Herr Fischer, macht einen das Jurastudium fit für jeden juristischen Beruf?

Thomas Fischer: Nein, natürlich nicht.

ZEIT Campus: Was fehlt den Absolventen?

Fischer: Meistens die Softskills, also die sozialpsychologischen Fähigkeiten. Die werden fast nicht gelehrt: Verhandlungskompetenz erwirbt man im Studium nicht, den meisten mangelt es auch an kommunikativer Sorgfalt.

Quelle: <http://www.zeit.de/campus/2014/06/thomas-fischer-jurastudium-vorurteile-auswendig-lernen>

Vorlesungsinhalte (alphabetisch)

- AGB-Recht (zulässige/unzulässige Klauseln)
- Datenschutz und Datensicherheit (Compliance)

Bankraub per Computer

So gelang den Cybergangstern der Milliarden-Coup

Sie haben bis zu eine Milliarde Dollar von 100 Banken und Finanzdienstleistern gestohlen. Doch wie gelang der Carbanak-Gang der spektakuläre Diebstahl?

Hamburg - Millionen wanderten unbemerkt von einem Konto aufs andere, Geldautomaten spuckten plötzlich Berge von Scheinen aus - und scheinbar zufällig war immer jemand zur Stelle, um sie diskret einzusammeln. Zwei Jahre lang haben Kriminelle in den Systemen von 100 Banken weltweit getrieben, was ihnen passte. Insgesamt haben sie bis zu eine Milliarde Dollar durch Online-Attacken auf Banken gestohlen, berichtete die russische IT-Sicherheitsfirma Kaspersky Lab am Wochenende.

Aber wie läuft so ein virtueller Diebstahl ab? Mit einer Kombination aus Hacker-Kunst, Geduld und Dreistigkeit, erklärt Kaspersky in der Analyse des langwierigen Angriffs. Die Kurzversion: Die Hacker - hinter so einem massiven Angriff steckt höchstwahrscheinlich eine Bande mit arbeitsteiliger Organisation - drangen durch eine Sicherheitslücke in den geschützten Bereich der Bank vor, beobachteten unbedarfte Mitarbeiter bei ihrer Arbeit und imitierten ihre Routinen, um sich selbst Geld zu überweisen und Geldautomaten zur Ausgabe von Bargeld umzuprogrammieren.

Schritt 1: Infektion der Computer von Bankangestellten

Die Angreifer verschicken E-Mails mit gefährlichem Dateianhang an Adressen, hinter denen sie Bankmitarbeiter vermuteten. Sobald die den Anhang öffnen, zum Beispiel ein infiziertes Word-Dokument, installiert sich das Schadprogramm von selbst und öffnet den Angreifern eine Hintertür ins Banknetzwerk. Da es die Angreifer nur auf die IT-Verwaltung der Banken abgesehen haben, werden Hunderte Mitarbeiter-PC als Kollateralschaden mitinfiziert.

Schritt 2: Infektion der Bildschirmüberwachung

Einmal im Netzwerk, suchen die Angreifer nach zwei Arten von Computern: Arbeitsplatzrechner von Mitarbeitern, über die Überweisungen verwaltet werden, und ans Netzwerk angeschlossene Geldautomaten. Auf diesen Computern installieren die Angreifer Programme zur Aufzeichnung von Tastatureingaben und Monitorsignalen, um so den Angestellten bei der Arbeit zuschauen zu können. So finden die Angreifer heraus, was die Bankmitarbeiter machen - um das dann nachzumachen und die Banksysteme für ihre eigenen Zwecke missbrauchen zu können. Die Phase der stillen Beobachtung dauerte laut Kaspersky zwei bis vier Monate.

Schritt 3: Imitation und Auszahlung

Sobald sie genug über die Routinen der Bankangestellten erfahren haben, agieren die Angreifer selbst wie Bankangestellte. Sie überweisen sich Geld oder manipulieren Geldautomaten so, dass sie zu einem bestimmten Zeitpunkt Geld ausgeben. Trotzdem müssen sie auch ihre Spuren verwischen: Damit die Überweisungen von Privatkonten nicht auffallen, erhöhen die Angreifer in manchen Fällen vor der Überweisung das Kontensaldo um den zu stehenden Betrag. So taucht in der Umsatzübersicht der Bankkunden zwar der gestohlene Betrag auf - aber weil der Kontostand gleich bleibt, ist das Aufdeckungsrisiko geringer. Weil die Banken laut Kaspersky nur durchschnittlich alle zehn Stunden die Konten überprüfen und die Betroffenen durch die Manipulation des Kontostands nicht sofort Verdacht schöpfen, bleibt genug Zeit für die unentdeckte Überweisung aufs eigene Konto.

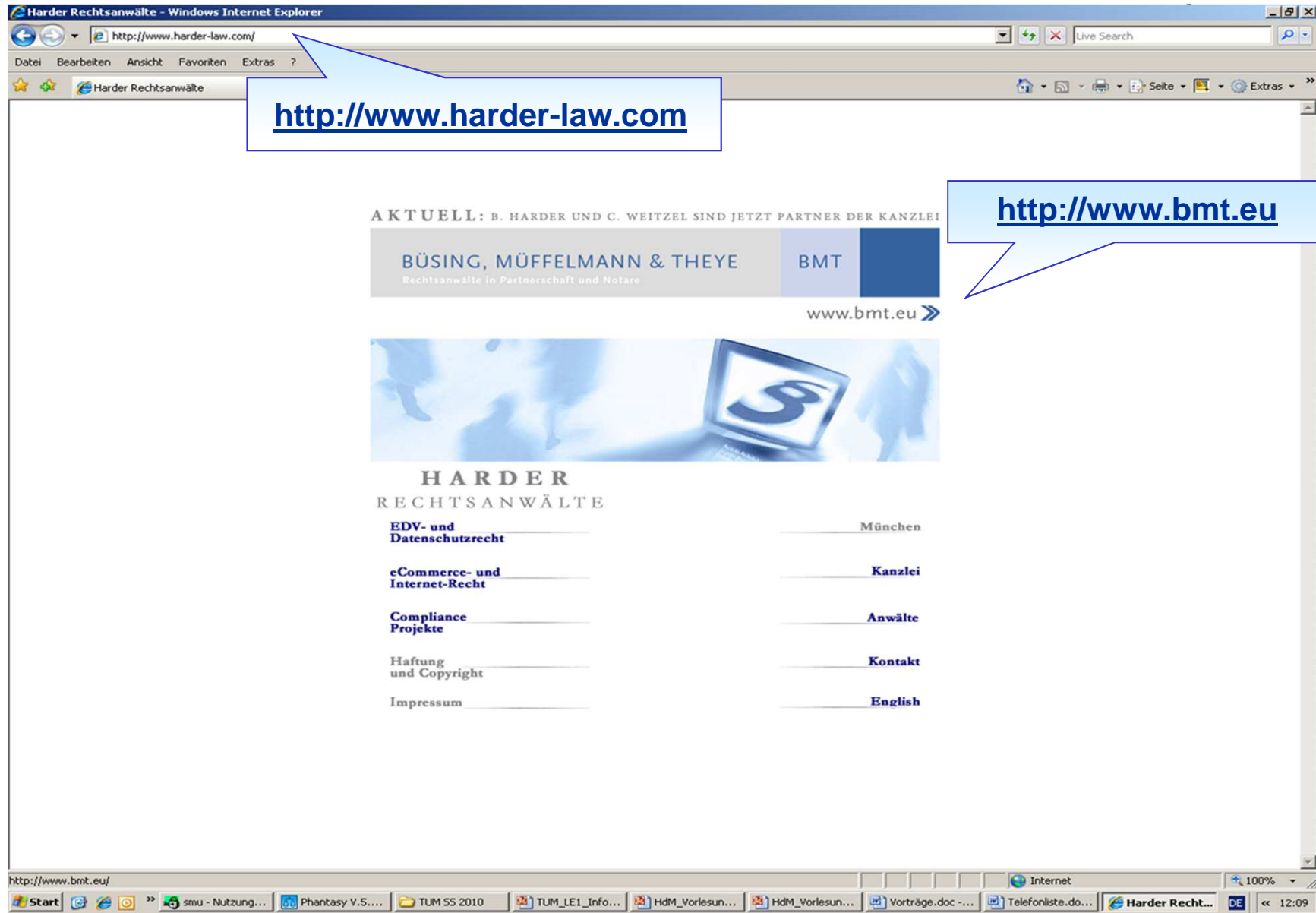
Um direkt an Bargeld zu gelangen, programmieren die Angreifer bestimmte Geldautomaten so um, dass sie zu einem genauen Zeitpunkt Bargeld ausgeben. Ein Komplize wartet an dem entsprechenden Automaten, entnimmt das Geld und überweist es auf die Konten der Betrüger.



Quelle: <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/carbanak-so-gelang-der-milliarden-bankraub-a-1018721.html>

Vorlesungsinhalte (alphabetisch)

- AGB-Recht (zulässige/unzulässige Klauseln)
- Datenschutz und Datensicherheit (Compliance)
- IT-(Projekt-)Vertrags-Recht
 - Gewährleistung
 - Mitwirkungspflichten
 - Change-Management
 - Haftungsfragen
- IT-spezifische Aspekte des Arbeitsrechts
- Rechtsordnungen (Übersicht)
- Social Media (Facebook, Twitter)
- Telemedien-Recht (e-Commerce)
- Urheber-Recht (SW-Lizenzen, Open Source)
- Wettbewerbs-Recht (Domains, Werbung)



<http://www.harder-law.com>

<http://www.bmt.eu>

Vorlesungsinhalte 20.04.2014

- AGB-Recht (zulässige/unzulässige Klauseln)
- Datenschutz und Datensicherheit (Compliance)
- IT-(Projekt-)Vertrags-Recht
 - Gewährleistung
 - Mitwirkungspflichten
 - Change-Management
 - Haftungsfragen
- IT-spezifische Aspekte des Arbeitsrechts
- Rechtsordnungen (Übersicht)
 - national, international
- Social Media (Facebook, Twitter)
- Telemedien-Recht (e-Commerce)
- Urheber-Recht (SW-Lizenzen, Open Source)
- Wettbewerbs-Recht (Domains, Werbung)

[Datei](#) [Bearbeiten](#) [Ansicht](#) [Chronik](#) [Lesezeichen](#) [Extras](#) [Hilfe](#)

[SP](#) [CN](#) Powerpoint-Experte gibt Tipps für besse... [+](#)

[www.spiegel.de/karriere/berufsleben/powerpoint-experte-gibt-tipps-fuer-bessere-praesentationen-a-961789.html](#)

SPIEGEL ONLINE und **manager magazin online** präsentieren [Impressum](#) [Kontakt](#) [RSS](#)

KARRIERE SPIEGEL

[Home](#) [Berufsstart](#) [Berufsleben](#) [Ausland](#)

[Stellensuche](#) | [Branchensuche](#) ☒ | [KarriereSPIEGEL-Partner](#) ☒

Thema [Raus mit der Sprache - KarriereSPIEGEL >>](#)

[Nachrichten](#) > [KarriereSPIEGEL](#) > [Berufsleben](#) > [Raus mit der Sprache - KarriereSPIEGEL](#)


[Powerpoint-Experte gibt Tipps für bessere Präsentationen](#)

02.04.2014 [Drucken](#) | [Merken](#) | [Senden](#) | [Feedback](#) | [Nutzungsrechte](#)

Schlechte Vorträge

"Schluss mit dem Powerpoint-Massaker!"

Von Anne Haeming



Na, wieder aufgewacht? Vortragscoach Gerriet Danz hat schon viele schlechte Powerpoint-Präsentationen gesehen. Im Interview erzählt er, worauf es wirklich ankommt.

[Fotos](#)

Corbis

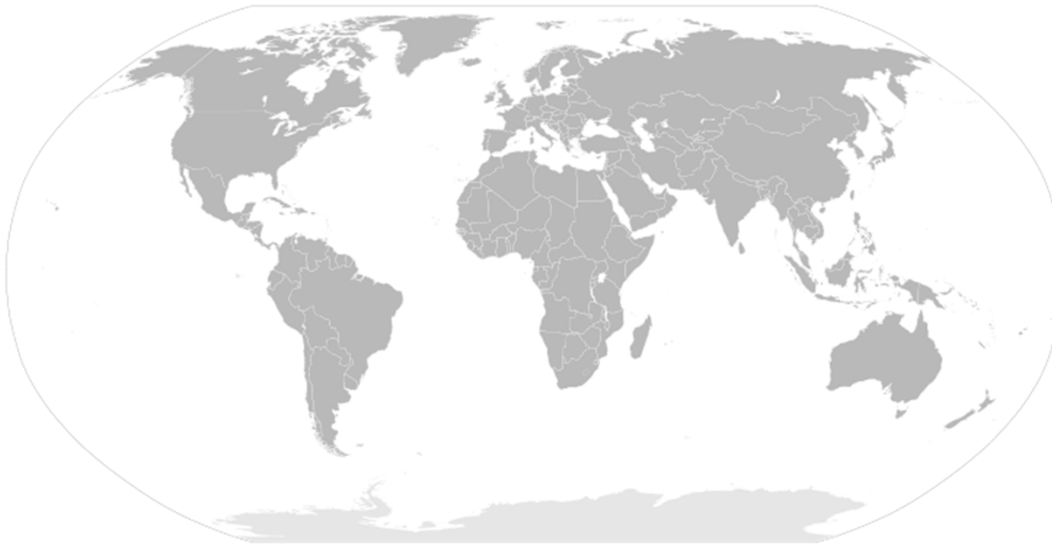
Twitter 197 [Empfehlen](#) 2.573 [g+1](#) 97

Stellen >> powered by [monster.de](#)

Young Professional - IT-Consultant / Berater (m/w),
 SharePoint Spezialist (m/w) in Nürnberg,
 Hochschulverwaltungsobersinspektor /
 Hochschulve...
 Manager Professional Services PLM (m/w),
 Referenten Personalentwicklung (m/w),
 Technische Zeichner / Systemplaner /
 Konstrukte...,
[Zur Stellensuche](#)

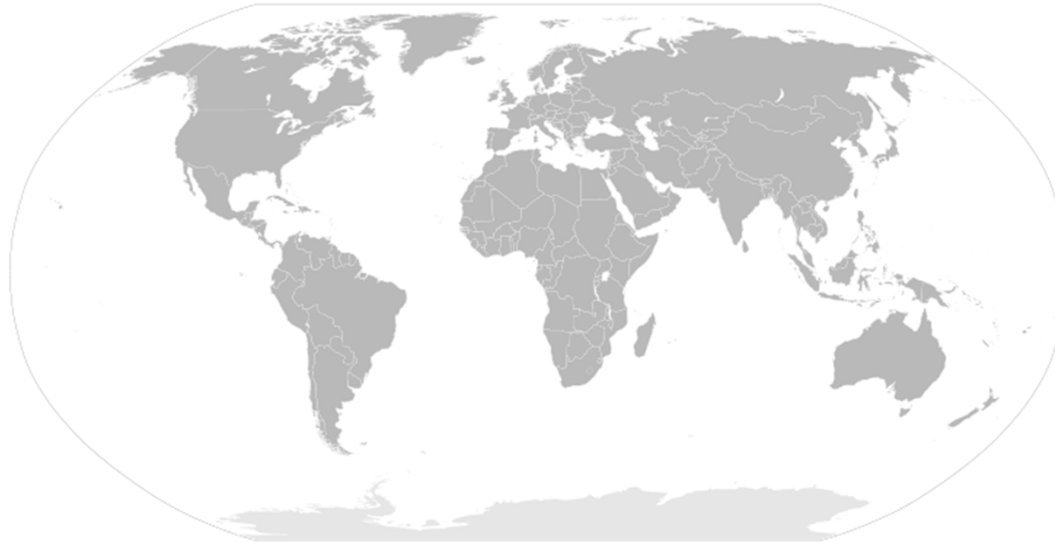
Die Rechtsstruktur im 21. Jahrhundert aus deutscher Sicht (1/4)

Völkerrecht



Mit dem Internet verbindet man den Begriff „Global Village“ – Recht ist jedoch nur eingeschränkt global

DIE ERDE



- Völkerrecht
- United Nations (UN)
- Konventionen
- World Intellectual Property Organisation (WIPO)



Die Rechtsstruktur im 21. Jahrhundert aus deutscher Sicht (2/4)

Völkerrecht

(UN)



EU-Recht

- Verordnung
- Richtlinie

- Konvention
- (WIPO)

Die Gesetzgebung der Europäischen Gemeinschaft (EG) = rechtliche Rahmenbedingungen für die Mitgliedsstaaten

EG-Verordnung (EC Regulation)

gilt **verbindlich** und **unmittelbar** in allen Mitgliedsstaaten („Durchgriffswirkung“)

z. B.: - soziale Sicherheit
- Europäische Bananenverordnung

EG-Richtlinie (EC Directive)

muss von jedem EG-Mitgliedsstaat in nationales Recht **umgesetzt** werden (Gestaltungsspielraum)

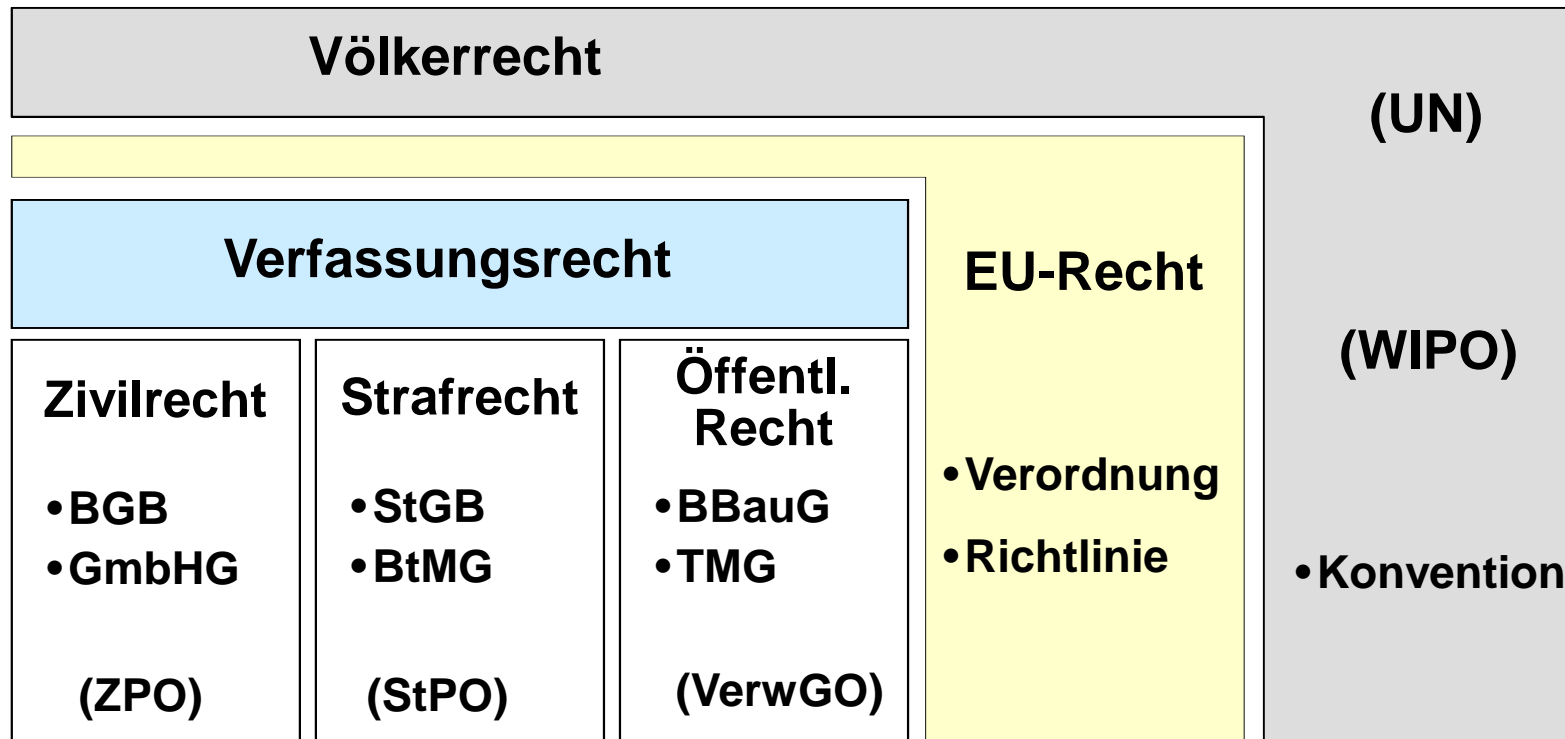
z. B.: - Datenschutz-Richtlinie
(Ausnahmen u.a. Bildung, Gesundheit, Verbraucherschutz)

Die **Europäische Union (EU)** besteht aus

- den Europäischen Gemeinschaften (EG)
- die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
- die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS)



Die Rechtsstruktur im 21. Jahrhundert aus deutscher Sicht (3/4)



Die Gesetzgebungs-Kompetenz liegt in Deutschland i. d. R. beim Bundestag, auf Vorschlag der Bundesregierung

DEUTSCHLAND



Bundesgesetze

- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
- Strafgesetzbuch (StGB)
- Bundesbaugesetz (BBauG)
- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

. . . aber: teilweise Zustimmung
des Bundesrats
erforderlich

Die Landtage bzw. Senate haben nachgelagerte Gesetzgebungs-Kompetenz in gleichen Themenbereichen

DIE BUNDESLÄNDER



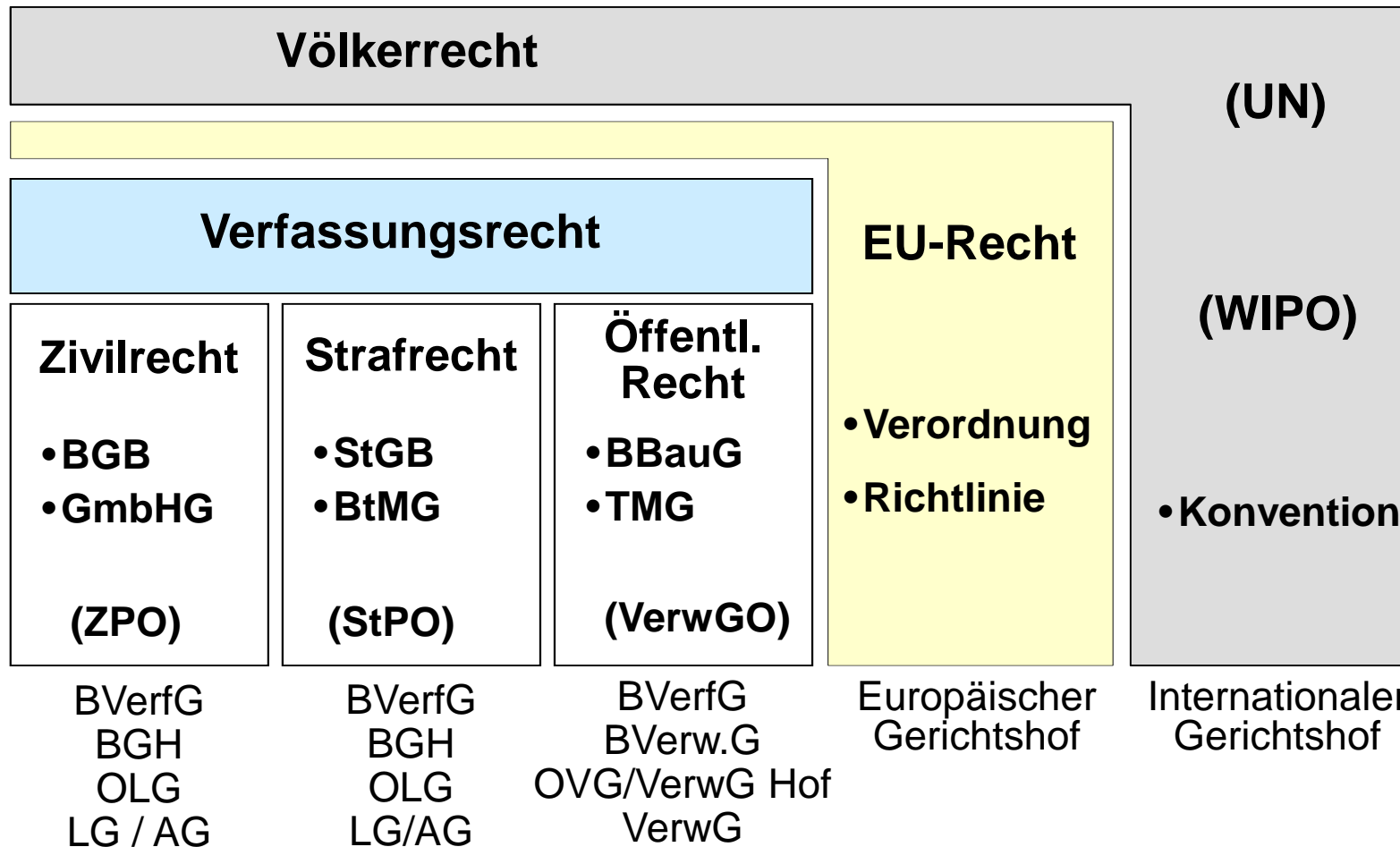
Landesgesetze

- Landesbauordnung
- Landesdatenschutzgesetz
- Gemeindeordnung

. . . aber: ausschließliche
Gesetzgebungs-Kompetenz
im Kultus-Bereich!



Die Rechtsstruktur im 21. Jahrhundert aus deutscher Sicht (4/4)



[Datei](#) [Bearbeiten](#) [Ansicht](#) [Chronik](#) [Lesezeichen](#) [Extras](#) [Hilfe](#)
 Vorratsdatenspeicherung: Strenge Vorga... [+](#)
[www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/vorratsdatenspeicherung-strenge-vorgaben-vom-eugh-a-963159.html](#)

[Home](#) [Video](#) [Themen](#) [Forum](#) [English](#) [DER SPIEGEL](#) [SPIEGEL TV](#) [Abo](#) [Shop](#)
[Schlagzeilen](#) [Wetter](#) [TV-Programm](#) [mehr](#) [Login](#) [Registrierung](#)

SPIEGEL ONLINE NETZWELT

[Politik](#) [Wirtschaft](#) [Panorama](#) [Sport](#) [Kultur](#) [Netzwelt](#) [Wissenschaft](#) [Gesundheit](#) [einestages](#) [Karriere](#) [Uni](#) [Schule](#) [Reise](#)
[Auto](#)

[Nachrichten](#) > [Netzwelt](#) > [Netzpolitik](#) > [Vorratsdatenspeicherung](#) > [Vorratsdatenspeicherung: Strenge Vorgaben vom EuGH](#)

Vorratsdatenspeicherung: Europas Richter greifen durch

Von *Ole Reißmann*



REUTERS

Datenkabel: Europäischer Gerichtshof kippt vorerst anlasslose Massenüberwachung

Der Europäische Gerichtshof hat die Regeln zur Vorratsdatenspeicherung gekippt. Die Richter stellen sich aber nicht völlig gegen die Überwachung, sie setzen nur die Hürden höher.

Der EuGH fordert eindeutige Regeln für die Vorratsdatenspeicherung

ANFORDERUNGS-KATALOG

- Die EU-Richtlinie schreibt vor, alle Metadaten zu speichern, **ohne angemessene** Unterschiede, Begrenzungen oder Ausnahmen.
- Es ist **nicht definiert**, was genau eine "schwere Straftat" ist, also zu welchen Zwecken auf die Vorratsdaten zugegriffen werden darf.
- Es gibt keine Vorschriften, **wer** unter **welchen Umständen** auf die gespeicherten Daten zugreifen darf und wie diese Daten überhaupt genutzt werden dürfen.
- Ein **Richtervorbehalt** für den Zugriff auf die Daten fehlt.
- Für die vorgeschriebene Speicherfrist von sechs bis 24 Monaten gebe es **keine nachvollziehbaren** Kriterien.
- Es fehlen Vorschriften für die **sichere Aufbewahrung** der Daten bei den Providern sowie deren irreversible Löschung nach Ende der Speicherfrist.
- Weil die Daten nicht in der EU gespeichert werden müssen, sei eine Aufsicht und **Kontrolle** durch eine unabhängige Behörde **nicht sichergestellt**.

Quelle: SPIEGEL ONLINE, 20.04.2014

Die Zuständigkeit des Amtsgerichts ergibt sich aus dem Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

Das Amtsgericht (AG) ist zuständig

in **Zivilsachen** bei Streitigkeiten

- über Ansprüche, deren Gegenstand an Geld oder Geldwert die Summe von 5.000,00 EURO nicht übersteigt.
- über Wohnraum-Mietverhältnisse
- zwischen Reisenden und Wirten...
- in Familiensachen (Ehe, Kindschaft)

in **Strafsachen**, wenn nicht

- das Landgericht oder das Oberlandesgericht zuständig ist,
- auf höhere Strafe als 4 Jahre Haftstrafe erkannt werden darf.

Firefox - juris BMJ - Startseite
www.gesetze-im-internet.de

<http://www.gesetze-im-internet.de>

juris

Gesetze im Internet

Das Bundesministerium der Justiz stellt in einem gemeinsamen Projekt mit der juris GmbH für interessierte Bürgerinnen und Bürger **nahezu das gesamte aktuelle Bundesrecht kostenlos im Internet** bereit. Die Gesetze und Rechtsverordnungen können in ihrer geltenden Fassung abgerufen werden. Sie werden durch die Dokumentationsstelle im Bundesamt für Justiz fortlaufend konsolidiert.

Anregungen, Hinweise und Anfragen werden seit dem 1. Januar 2013 nicht mehr vom Bundesministerium der Justiz, sondern durch das beim Bundesamt für Justiz angesiedelte Kompetenzzentrum Rechtsinformationssystem (CC-RIS) bearbeitet, das unter folgender Emailadresse erreichbar ist: cc-ris@bfj.bund.de.

Die bereitgestellten Rechtsnormen sind in allen zur Verfügung gestellten Formaten zur freien Nutzung und Weiterverwendung zugänglich gemacht. Eine Erläuterung der Download-Optionen finden Sie unter den [Hinweisen](#).

Im [Aktualitätendienst](#) werden Verlinkungen zu allen neu im Bundesgesetzblatt Teil I verkündeten Vorschriften vorgehalten, bis sechs Monate seit Inkrafttreten verstrichen sind. Dort können folglich auch die Texte der den konsolidierten Gesetzen und Verordnungen zugrunde liegenden Änderungsvorschriften aufgerufen werden, die im übrigen Datenbestand nicht separat, sondern nur als eingearbeiteter Wortlaut zu finden sind. Der Aktualitätendienst kann zudem als [RSS-Feed](#) abonniert werden.

Wichtig: Die im Internet abrufbaren Gesetzestexte sind nicht die amtliche Fassung. Diese finden Sie nur in der Papierausgabe des Bundesgesetzblattes.

Naheres zu den einzelnen Gesetzen finden Sie ggfs. auf den Internetseiten des Bundesministeriums, in dessen Geschäftsbereich der geregelte Sachverhalt fällt. Die Internetadressen der Bundesministerien finden Sie auf [dieser Seite](#).

Bitte beachten Sie auch unsere [Hinweise](#).

Das Bundesministerium des Innern betreibt ein Schwesterprojekt namens [Verwaltungsvorschriften im Internet](#), eine Datenbank mit aktuellen Verwaltungsvorschriften der obersten Bundesbehörden.

[zum Seitenanfang](#) [Datenschutz](#) [Seite ausdrucken](#)

Firefox sendet automatisch einige Daten an Mozilla, damit die Benutzerzufriedenheit verbessert werden kann.

[Zu übermittelnde Daten festlegen](#) x

Wichtige Abkürzungen

AG	Amtsgericht Aktiengesellschaft	OLG	Oberlandesgericht
BBauG	Bundesbaugesetz	StGB	Strafgesetzbuch
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz	StPO	Strafprozessordnung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch	TMG	Telemediengesetz
BGH	Bundesgerichtshof	UN	United Nations
BtMG	Betäubungsmittelgesetz	UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
EU	Europäische Union	VerwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	WG	Wechselgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbs- Beschränkungen (Kartellrecht)	WIPO	World Intellectual Property Organization
LG	Landgericht	ZPO	Zivilprozessordnung

Fundamentale Unterschiede der wesentlichen Rechtsordnungen

Europäisches / romanisches Recht

- Code Civil
- Bedingte Vertragsfreiheit
- Gesetz setzt Rahmen / füllt Lücken aus

Grundsätzliche kurze Verträge

- Parteien
- Ware / Leistung
- Preis
- Zeitpunkt

Anglo-amerikanisches Recht

- Case Law
- Große Vertragsfreiheit
- Punktuelle Gesetze

Umfangreiche Verträge

- Präambel
- Ausschluss von möglichen Rechtsverhältnissen

Die Struktur des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) stammt von 1896

Buch 1. Allgemeiner Teil (§§ 1 – 240)

⋮

Abschnitt 3 Rechtsgeschäfte (§§ 104 – 185)

Abschnitt 4 Fristen, Termine (§§ 186 – 193)

Abschnitt 5 Verjährung (§§ 194 – 218)

⋮

Buch 2. Recht der Schuldverhältnisse (§§ 241 – 853)

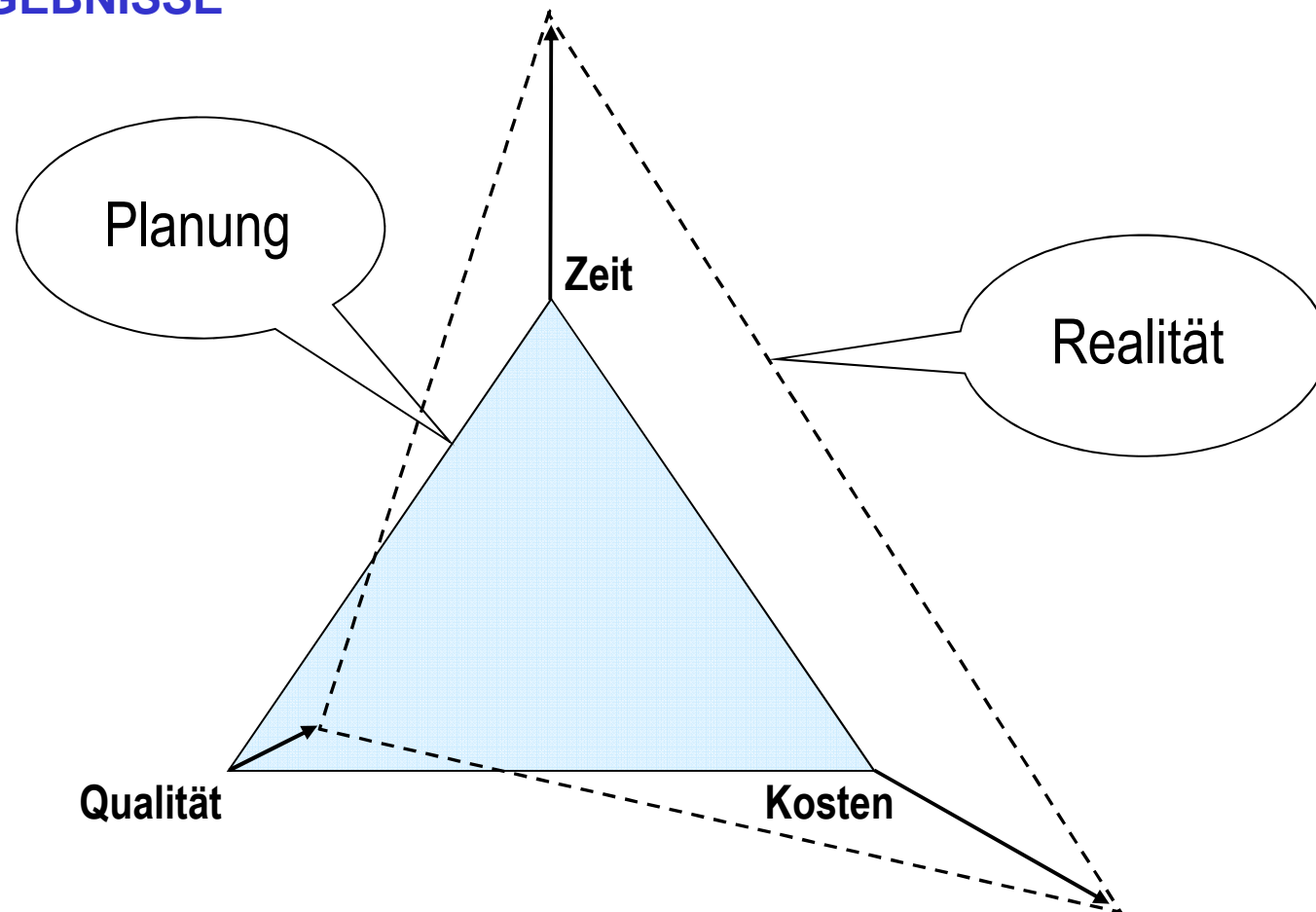
Buch 3. Sachenrecht (§§ 854 – 1296)

Buch 4. Familienrecht (§§ 1297 – 1921)

Buch 5. Erbrecht (§§ 1922 – 2385)

Noch immer werden IT-Projekte selten rechtzeitig, mit der gewünschten Qualität und / oder budget-konform durchgeführt

PROJEKTERGEBNISSE



Über fast 20 Jahre halten sich die Verbesserungen im Projektmanagement in Grenzen

CHAOS-STUDIE

Jahr	Typen	Prozent
1994	1	16 %
	2	53 %
	3	31 %
1996	1	27 %
	2	33 %
	3	40 %
...
...
2011	1	34 %
	2	51 %
	3	15 %
2012	1	39 %
	2	43 %
	3	18 %

Definitionen:

Typ 1 - Projekt **erfolgreich abgeschlossen**:

Das Projekt wurde rechtzeitig, ohne Kostenüberschreitung und mit dem ursprünglich geforderten Funktionsumfang abgeschlossen

Typ 2 – Projekt **teilweise erfolgreich**:

Das Projekt wurde abgeschlossen, es kam jedoch zu Kosten- und/oder Zeitüberschreitungen oder es wurde nicht der vollständige geplante Funktionsumfang erreicht.

Typ 3 – Projekt **nicht erfolgreich**:

Das Projekt wurde abgebrochen.

Quelle: Chaos-Studie der Standish Group (www.standishgroup.com) – auf Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/wiki/Chaos-Studie>



Alternatives Drucklayout:

› [reiner Text](#)

*Nicht alle Anwender haben mit Hadoop positive Erfahrungen gemacht.
Foto: ASF*

Link: <http://www.computerwoche.de/a/hadoop-ist-ein-komplexes-biest,3097003>

Deshalb scheitern 60 Prozent der Big-Data-Projekte

Hadoop ist ein komplexes Biest

Datum: 15.04.2015

Autor(en): Harald Weiss

Big-Data-Projekte werden häufig als Universal-Lösung für alle aktuellen Business-Probleme angesehen. Kernstück dieser Projekte ist immer häufiger Hadoop. Doch damit ist diese Technologie weit überfordert - entsprechend groß sind die Projektleiten.

Vor rund zehn Jahren wurde Hadoop bei Yahoo erstmals in einer Produktionsumgebung eingesetzt. Seit dem hat diese OpenSource-Software mit ihrer effizienten Kombination von unstrukturierter Datenspeicherung und schneller Datensuche eine stürmische Entwicklung durchlaufen. Ob Social Media, Big-Data-Analytics oder Search-Engine - nahezu überall wird mit Hadoop zumindest experimentiert. Laut einer Umfrage von Dell sind bei fast allen Fortune-500-Unternehmen Hadoop-Projekte in irgendeiner Form im Einsatz. Die Marktforscher von Forrester gehen davon aus, dass die **Hadoop-Nutzung**¹ in diesem oder im nächsten Jahr ein Top-Fokus bei allen IT-Abteilungen sein wird.

...

Schlechte Aussichten

Man soll aber nicht glauben, dass Hadoop das einzige Sorgenkind im Bereich Big Data ist. Auch andere Projekte leisten bei weitem nicht das, was man sich davon versprochen hat - und dieser Trend wird weiter anhalten. Laut Gartner werden in den nächsten zwei Jahre 60 Prozent aller Big-Data-Projekte nicht über den Pilotstatus hinaus kommen. "Es werden wesentlich mehr Projekte erfolglos eigestellt, als erfolgreiche Projekte in Betrieb genommen", sagt Gartner Research Director **Svetlana Sicular**⁵.



IT-Projekte bedürfen auch eines juristischen Projekt-Managements (1)

PROJEKT-STUFEN

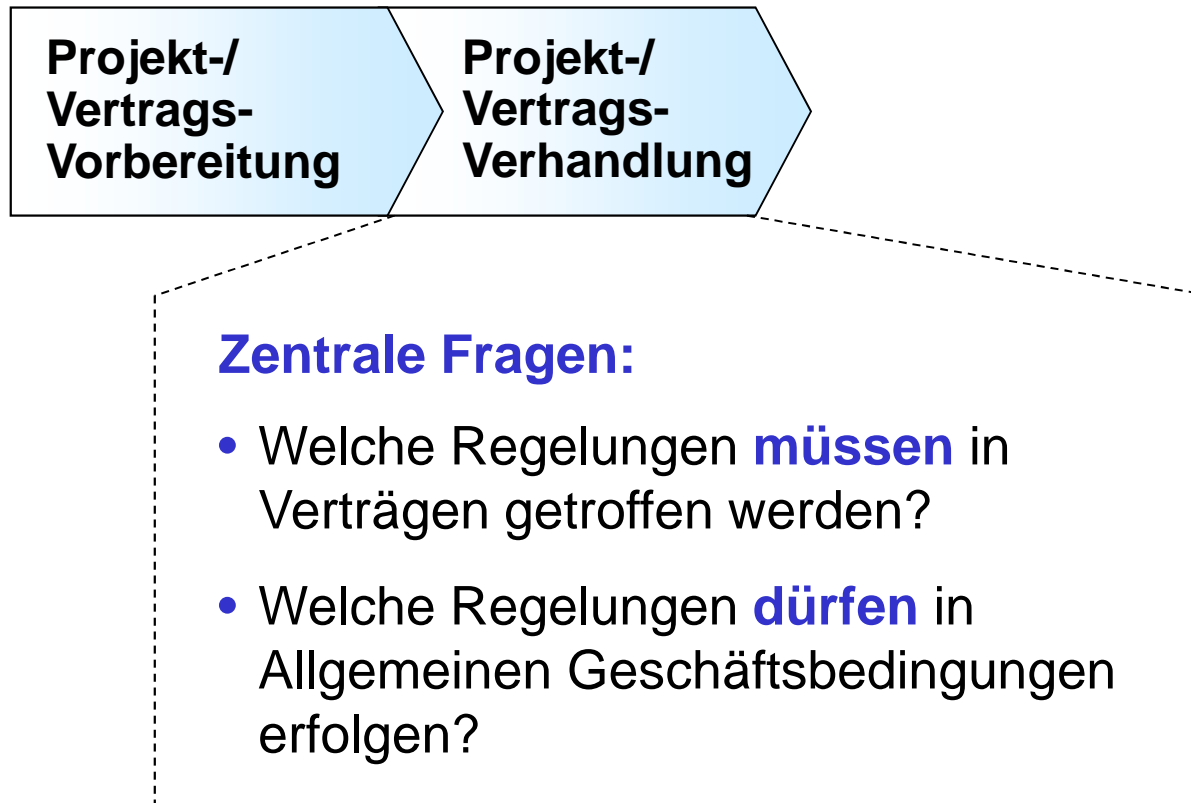
Projekt-/ Vertrags- Vorbereitung

Zentrale Fragen:

- Welche Verpflichtungen gehe ich ein / will ich eingehen?
- Welchen vertraglichen Regelungen sind die Leistungen unterworfen?

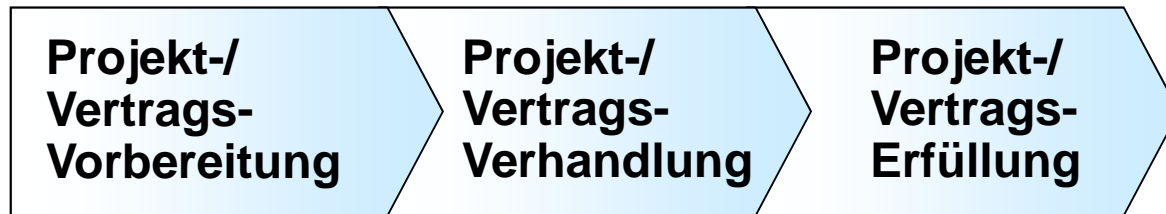
IT-Projekte bedürfen auch eines juristischen Projekt-Managements (2)

PROJEKT-STUFEN



IT-Projekte bedürfen auch eines juristischen Projekt-Managements (3)

PROJEKT-STUFEN

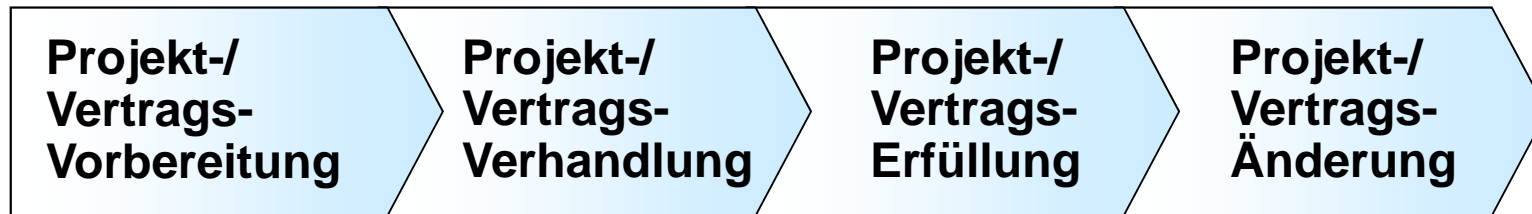


Zentrale Fragen:

- Welche Urheberrechte **entstehen** und wie sind sie geschützt?
- Welche Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen **sind zu beachten?**

IT-Projekte bedürfen auch eines juristischen Projekt-Managements (4)

PROJEKT-STUFEN



Zentrale Fragen:

- Wie wirken sich Änderungen im Projektverlauf aus?
- Welche rechtliche Bedeutung hat die „Abnahme“ und wie ist sie **sinnvoll** zu regeln?

IT-Projekte bedürfen auch eines juristischen Projekt-Managements (5)

PROJEKT-STUFEN



Zentrale Fragen:

- Welche „Gewährleistungs-Ansprüche“ können **entstanden** sein?
- Wie können Projekte ohne erhebliche Schäden bzw. Haftung **beendet** werden?

Die Erfahrung zeigt: Zahlreiche Schwachstellen im Projektverlauf führen zu erheblichen Risiken (1)

PROJEKT-STUFEN



- Keine Geheimhaltungs-Vereinbarung

Geheimhaltungs-Vereinbarungen regeln häufig Sachverhalte nicht ausreichend durchdacht

BEISPIELE

„Die Parteien werden alle Informationen, die sie im Rahmen des Projektes erhalten, vertraulich behandeln.“



KONSEQUENZEN

Unpräzise Regelung:
Umfasst allgemein bekanntes Wissen bis streng geheime Unternehmens-Strategie!

„Die Parteien werden alle Unterlagen, Dokumente und Aufzeichnungen, die sie von der jeweils anderen Partei erhalten haben, sowie die eigenen Notizen über Informationen, die sie im Rahmen des Projekts erstellt haben, nach Abschluss des Projekts an die andere Partei zurückgeben.“



Erfordert u.U. gigantischen Aufwand am Ende des Projekts, um alle über lange Zeiträume von vielen Projekt-Beteiligten erfassten Informationen zu sammeln und zu transportieren!

Geheimhaltungs-Vereinbarungen sollten so konkret und so eingrenzend wie möglich sein

BEISPIELE

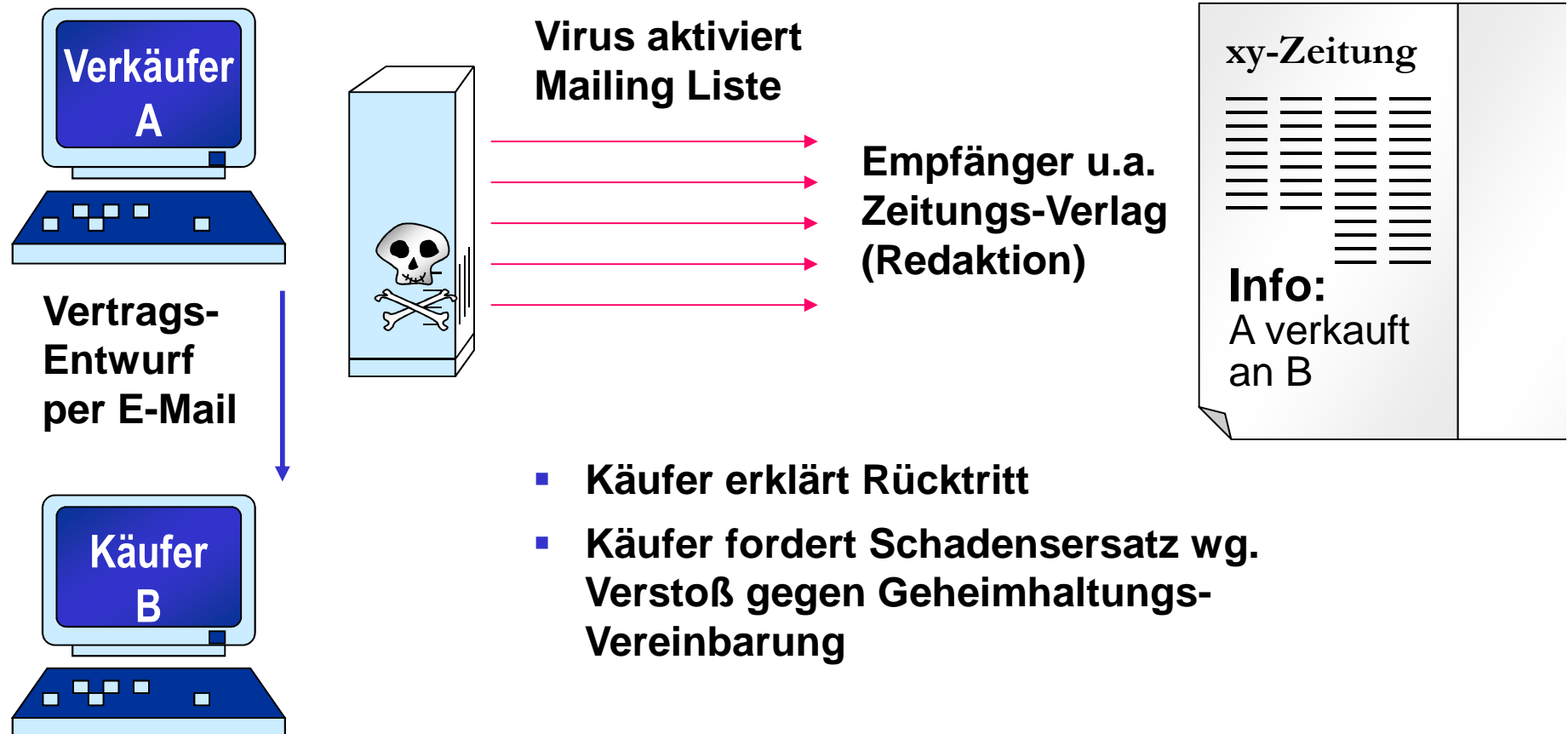
Der Auftragnehmer (AN) wird Betriebsgeheimnisse des Auftraggebers (AG) vertraulich behandeln. Der AN wird die vom AG als „streng vertraulich“ gekennzeichneten Unterlagen darüber hinaus stets in verschlossenen Behältnissen verwahren.

Die Vertraulichkeitsverpflichtung gilt nicht für Informationen, wenn und soweit sie

- a. zum Zeitpunkt des Zugangs oder danach zum **der Allgemeinheit zugänglichen Stand der Technik** gehören. Dazu gehören insbesondere Informationen, die bereits veröffentlicht sind,
- b. den **Vertragspartnern** zum Zeitpunkt der Mitteilung bereits bekannt sind,
- c. den **Vertragspartnern** von Dritten berechtigt zugänglich gemacht werden.

Die Verschlüsselung von E-Mails wird zum Standard im Geschäftsverkehr werden müssen

BEISPIEL UNTERNEHMENS-KAUF



Sicherheitslücken bei Windows XP**Datenschützer will Zehntausende Behörden-PC abschalten**

Microsoft hat seinen Kunden Jahre Zeit gegeben, sich vom veralteten PC-Betriebssystem Windows XP zu verabschieden. Die Berliner Verwaltung schaffte es trotzdem nicht rechtzeitig. Nun fordert der Datenschutzbeauftragte der Hauptstadt: Abschalten!

Der Berliner Datenschutzbeauftragte Alexander Dix fordert, in der Berliner Verwaltung noch am Dienstag alle PC abzuschalten, auf denen das Betriebssystem Windows XP läuft. Die persönlichen Daten der Bürger seien sonst einem unverantwortlichen Risiko möglicher Hacker-Angriffe ausgesetzt, sagte Dix am Montag im Inforadio des RBB.

Microsoft hatte die technische Unterstützung für das 13 Jahre alte Betriebssystem vor gut einem Jahr nach langer Vorlaufphase eingestellt. Seither veröffentlicht der Konzern keine Sicherheits-Updates und Aktualisierungen mehr für XP. Der Fahrplan für das Support-Ende war bereits im Jahr 2002 vorgestellt worden.

Da die Berliner Verwaltung die Ablösung der betagten PCs nicht rechtzeitig umsetzen konnte, hatte das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) für 300.000 Euro einen verlängerten Support mit Microsoft vereinbart. Der läuft am Dienstag aus. Das ITDZ will noch bis Ende 2015 ein Virenschutzprogramm für XP zur Verfügung stellen.

Der Datenschutzbeauftragte Dix sagte, er wisse nicht genau, wie viele PC noch betroffen seien. Der Senat hatte die Zahl der XP-Rechner zuletzt im März 2015 in einer Antwort auf eine Anfrage der Piraten-Fraktion mit 28.477 angegeben. Stand der Daten war der 31. Oktober 2014.

Am stärksten betroffen ist die Finanzverwaltung mit 9097 unsicheren PC, gefolgt von der Justizbehörde mit 2146. Selbst in der Senatskanzlei konnte nicht flächendeckend auf sichere Computer umgestellt werden. Dort standen noch zwei XP-Rechner.

Die Innenbehörde hatte in Zusammenhang mit der XP-Ablösung darauf hingewiesen, dass der IT-Einsatz in der Berliner Verwaltung dezentral organisiert sei. "Aus dieser Organisations- und Verantwortungsstruktur folgt zwingend, dass es Aufgabe und Verantwortung der jeweiligen Senats- beziehungsweise Bezirksverwaltung ist, in eigener Zuständigkeit auch die notwendigen Aktualisierungen von Hard- und Software durchzuführen." Das gelte auch für die Betriebssysteme.

In der Senatsverwaltung für Inneres und Sport waren Ende Oktober noch 1708 PCs mit Windows XP im Einsatz.

Anmerkung der Redaktion: Wie uns die Senatsverwaltung für Finanzen Berlin nach Veröffentlichung dieses Artikels mitteilte, wurden in der Finanzverwaltung und damit auch in den Finanzämtern Berlins, nach der Erhebung der im Text genannten Zahlen, alle Rechner auf neuere Betriebssysteme umgestellt. Die Umstellung habe im Januar und Februar stattgefunden und lediglich einige PC, die nicht internetfähig sind, seien davon ausgenommen worden.

mak/dpa

URL:

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/windows-xp-alexander-dix-will-behoerden-pc-sofort-abschalten-a-1028293.html>



Die Erfahrung zeigt: Zahlreiche Schwachstellen im Projektverlauf führen zu erheblichen Risiken (2)

PROJEKT-STUFEN



- Keine Geheimhaltungs-Vereinbarung
- Zu weit gehender Letter of Intent

Rechtsgeschäfte basieren auf Willenserklärungen (1/2)

**Einseitige
Willenserklärung**



- **Vollmacht**
- **Genehmigung**
- **Kündigung**



Letter of Intent (LOI)-Formulierungen müssen die Absicht einer Partei zum Ausdruck bringen...

RICHTIG: „weiche“ Formulierungen

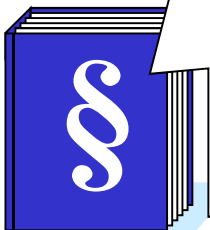
- Wir beabsichtigen, folgende Leistungen zu erbringen:

:
- Als Liefertermin ist Juni 2011 vorgesehen
- Der Preis soll etwa x-tausend Euro betragen

Rechtsgeschäftliche und rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse sind beim LOI zu beachten (1/3)

§ 311 BGB

- (1) Zur Begründung eines Schuldverhältnisses durch Rechtsgeschäft sowie zur Änderung des Inhalts eines Schuldverhältnisses ist ein **Vertrag** zwischen den Beteiligten **erforderlich**, soweit nicht das Gesetz ein anderes vorschreibt.



Schuldverhältnis

Unter einem **Schuldverhältnis** versteht man ein Rechtsverhältnis zwischen mindestens zwei Personen, aufgrund dessen wenigstens eine Leistung gefordert werden kann.

Jedes Schuldverhältnis enthält im Prinzip eine **Forderung** des Gläubigers. Dem entspricht auf Seiten des Schuldners eine **Leistungspflicht** (Brox, Allgemeines Schuldrecht 21. Auflage Rdnr. 10).

Das besondere Schuldrecht zeigt dazu eine Reihe von Typen von Rechtsgeschäften auf, wie zum Beispiel Miete, Kauf, Werkvertrag usw.

Letter of Intent (LOI)-Formulierungen müssen einer Partei zum Ausdruck bringen, ohne sie bereits vertraglich zu binden.

RICHTIG: „weiche“ Formulierungen

- Wir beabsichtigen, folgende Leistungen zu erbringen:

⋮
- Als Liefertermin ist Juni 2011 vorgesehen
- Der Preis soll etwa x-tausend Euro betragen
- Voraussetzung / Vorbehalt

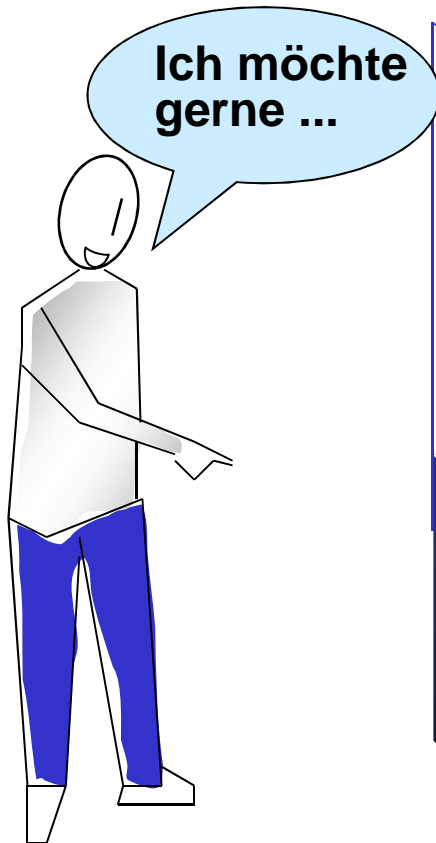
FALSCH: feststehende Tatsachen

- Wir werden folgende Leistungen erbringen:

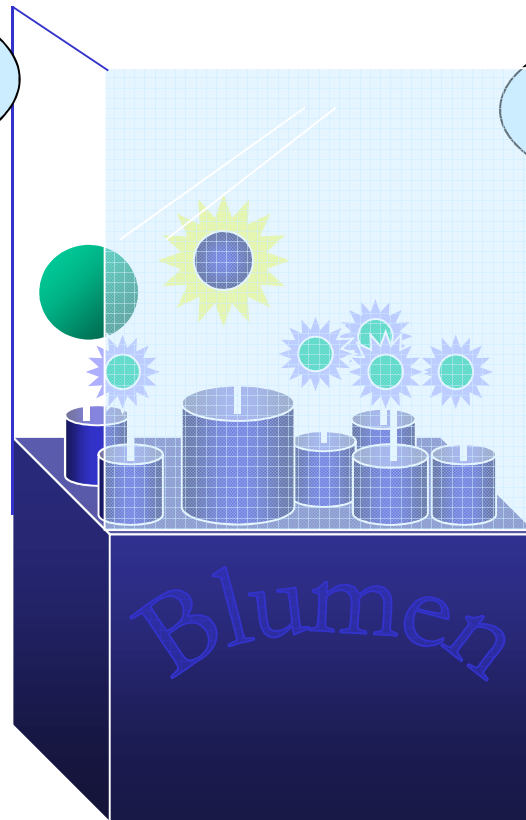
⋮
- Der Liefertermin ist Juni 2011
- Der Preis beträgt x-tausend Euro

Ein Vertrag kommt durch zwei übereinstimmende Willenserklärungen zustande

KUNDE:

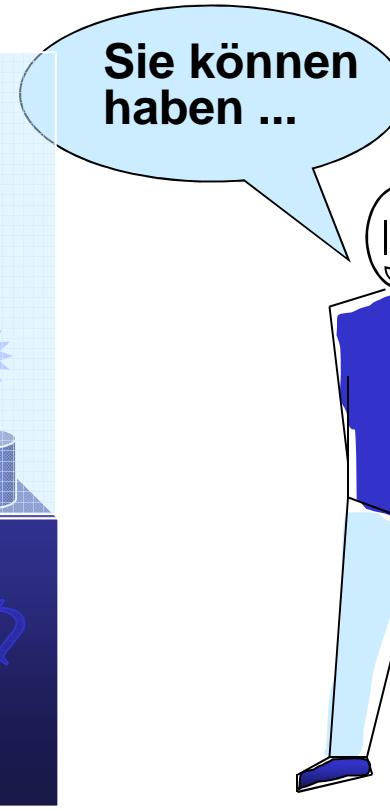


Angebot
(= Willenserklärung)



Schaufenster ist
Aufforderung zur Abgabe
eines Angebots

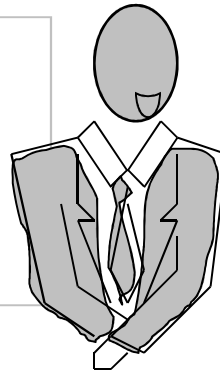
VERKÄUFER:



Annahme
(= Willenserklärung)

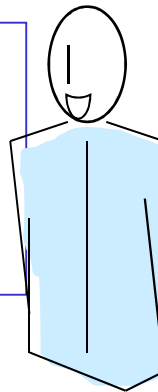
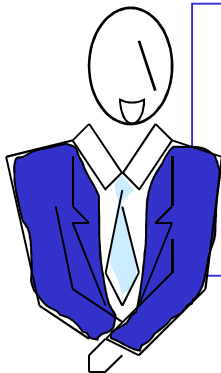
Rechtsgeschäfte basieren auf Willenserklärungen (2/2)

Einseitige
Willenserklärung



- Vollmacht
- Genehmigung
- Kündigung

Zweiseitige
Willenserklärung



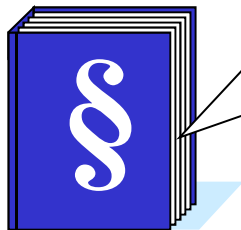
- Vertrag
- Beschluss
(Gesellschafts-Recht)

Grundsätzlich Formfreiheit, aber es gibt **besondere Bedürfnisse**:

Bei Erlass des Signaturgesetzes 1997 wurde auf eine (erforderliche) Änderung des BGB verzichtet

§ 126 BGB

- (1) Ist durch Gesetz **schriftliche Form** vorgeschrieben, so muss die Urkunde von dem Aussteller **eigenhändig** durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden.
- (2) Bei einem Vertrag muss die Unterzeichnung der Parteien auf derselben Urkunde erfolgen. ...



Begriffsbestimmungen und Erläuterungen zur Urkunde



Urkunde

Verkörperung einer Gedanken-
Äußerung in Schriftform, die
ihren Aussteller erkennen lässt



Material

Schriftzeichen müssen dauerhaft
festgehalten werden, z.B.
Papier, Ton, Stein



Weitere Form- vorschriften

- Gewillkürte Schriftform
- Notarielle Beurkundung

Die Schriftform erfüllt unterschiedliche Funktionen

Zweck des Gesetzes

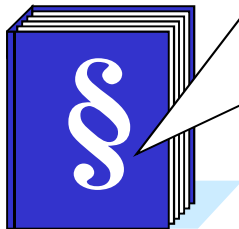
- Identifikationsfunktion (BGB)
- Abschlussfunktion (BGB)
- **Warnfunktion*** (BGB / Verbraucher-Darlehensvertrag)
- **Beweisfunktion*** (ZPO)
- **Kontrollfunktion*** (GWB)
- Transportfunktion (WG)

* wesentliche Funktionen

Die Auswirkungen von Formmängeln sind gravierend

§ 125 BGB

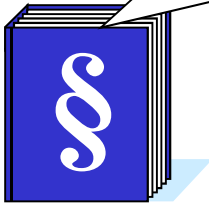
Ein Rechtsgeschäft, welches der durch Gesetz vorgeschriebenen **Form ermangelt**, ist **nichtig**. Der Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form hat im Zweifel gleichfalls Nichtigkeit zur Folge.



Neues Formvorschriften-Gesetz vom 13.07.2001 regelt Einsatz der elektronischen Signatur

§ 126 a BGB

- (1) Soll die **gesetzlich vorgeschriebene** schriftliche Form durch die **elektronische Form** ersetzt werden, so muss der Aussteller der Erklärung dieser seinen Namen hinzufügen und das elektronische Dokument mit einer **qualifizierten elektronischen Signatur** nach dem Signaturgesetz versehen.
- (2) Bei einem Vertrag müssen die Parteien jeweils ein gleichlautendes Dokument in der in Absatz 1 bezeichneten Weise elektronisch signieren.



Exkurs: Es gibt elektronische Signaturen unterschiedlicher Qualität (1)

Sicherheit

**Elektronische
Signatur**

- Daten in elektronischer Form, die anderen elektronischen Daten beigelegt oder logisch mit ihnen verknüpft sind und die zur Authentifizierung dienen.
- Geringe Beweiskraft

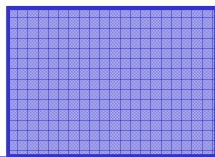
Aufwand

Exkurs: Es gibt elektronische Signaturen unterschiedlicher Qualität (2)

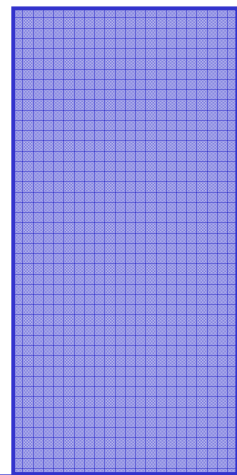
Sicherheit



**Elektronische
Signatur**



**Fortge-
schrittene
elektronische
Signatur**

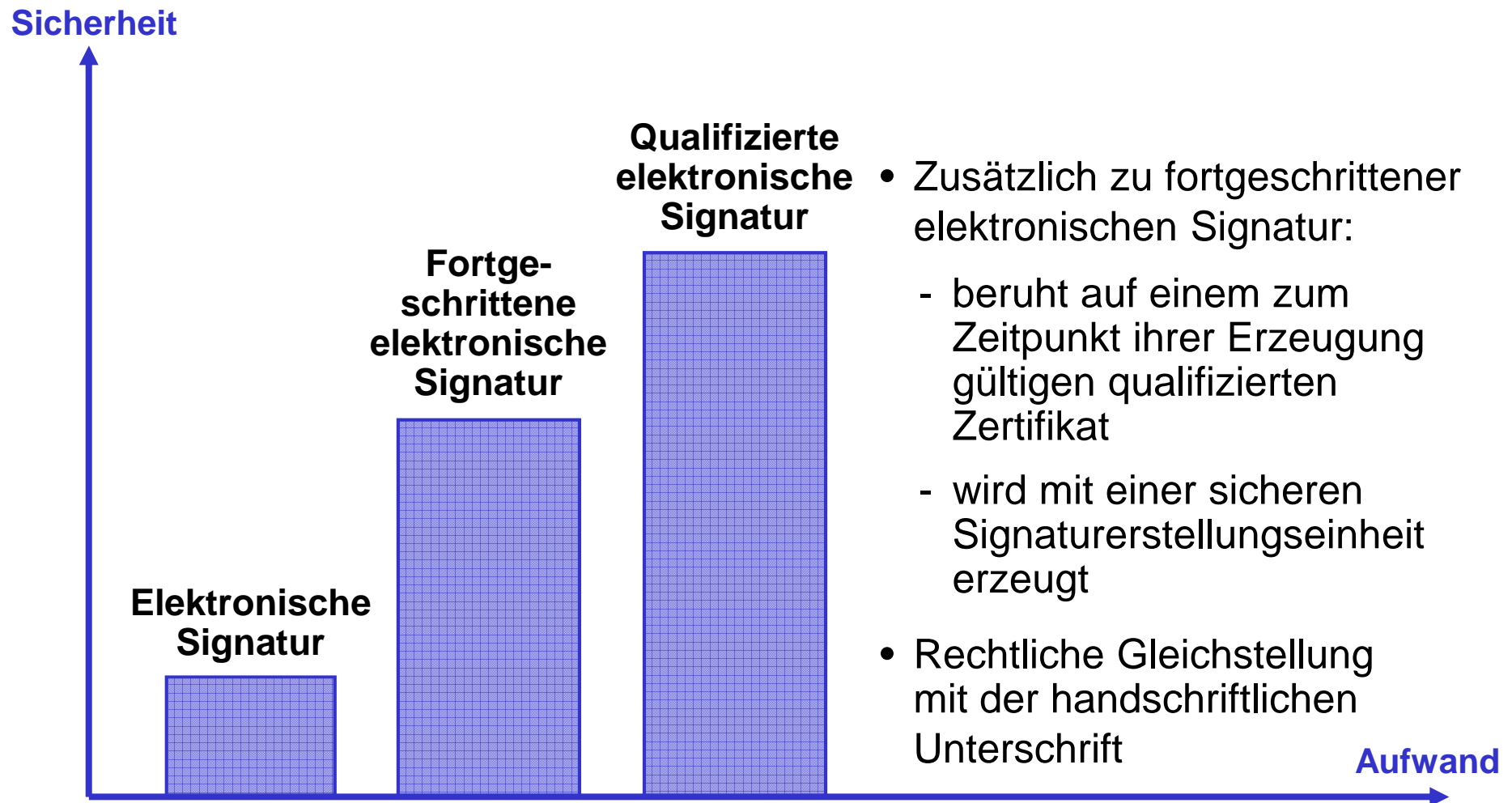


- ausschließlich dem Signaturschlüssel-Inhaber zugeordnet
- ermöglichen die Identifizierung des Signaturschlüssel-Inhabers
- werden mit Mitteln erzeugt, die der Signaturschlüssel-Inhaber unter seiner alleinigen Kontrolle halten kann
- sind mit den Daten, auf die sie sich beziehen, so verknüpft, dass eine nachträgliche Veränderung der Daten erkannt werden kann
- ähnlich PGP

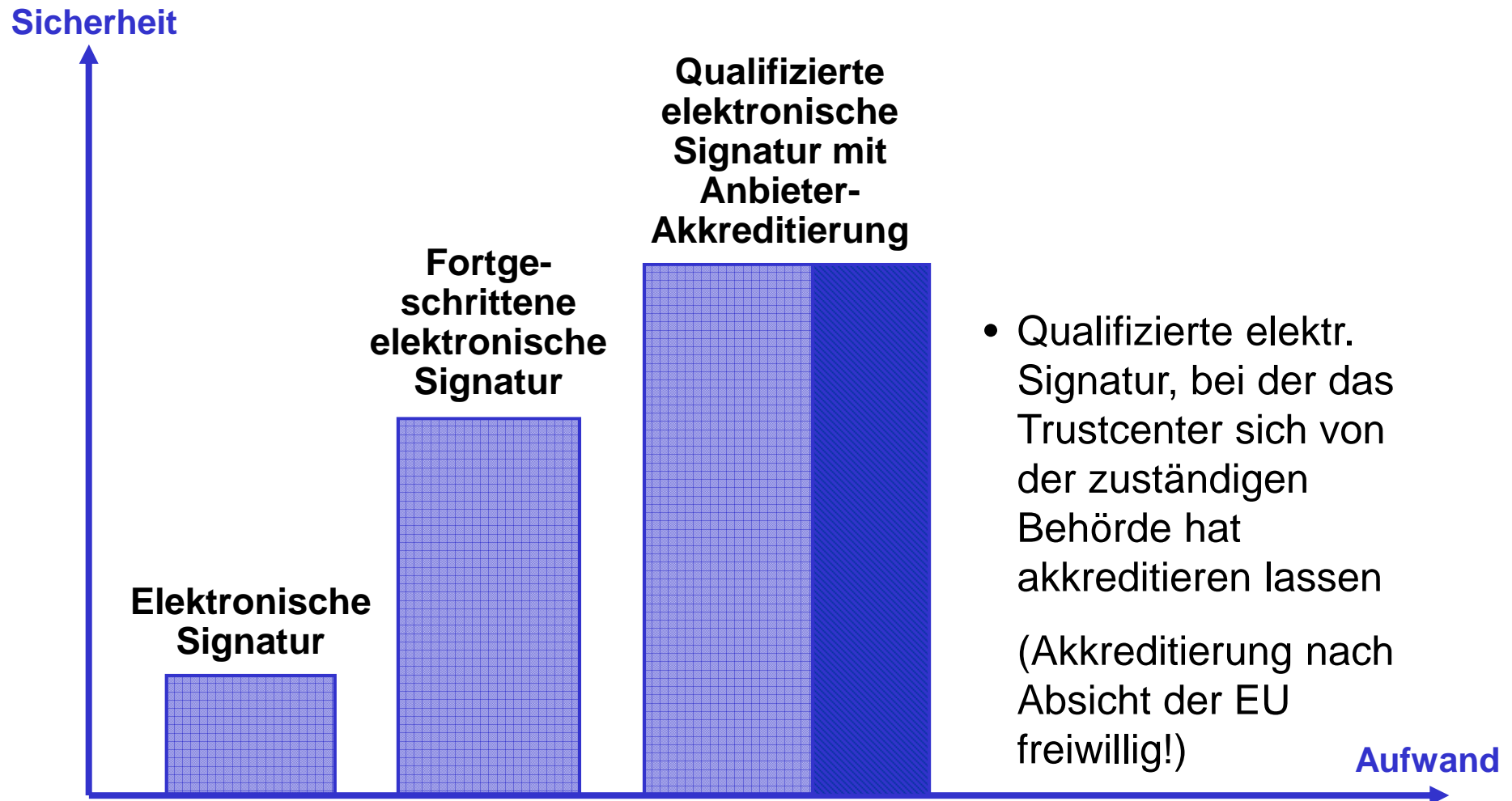
Aufwand



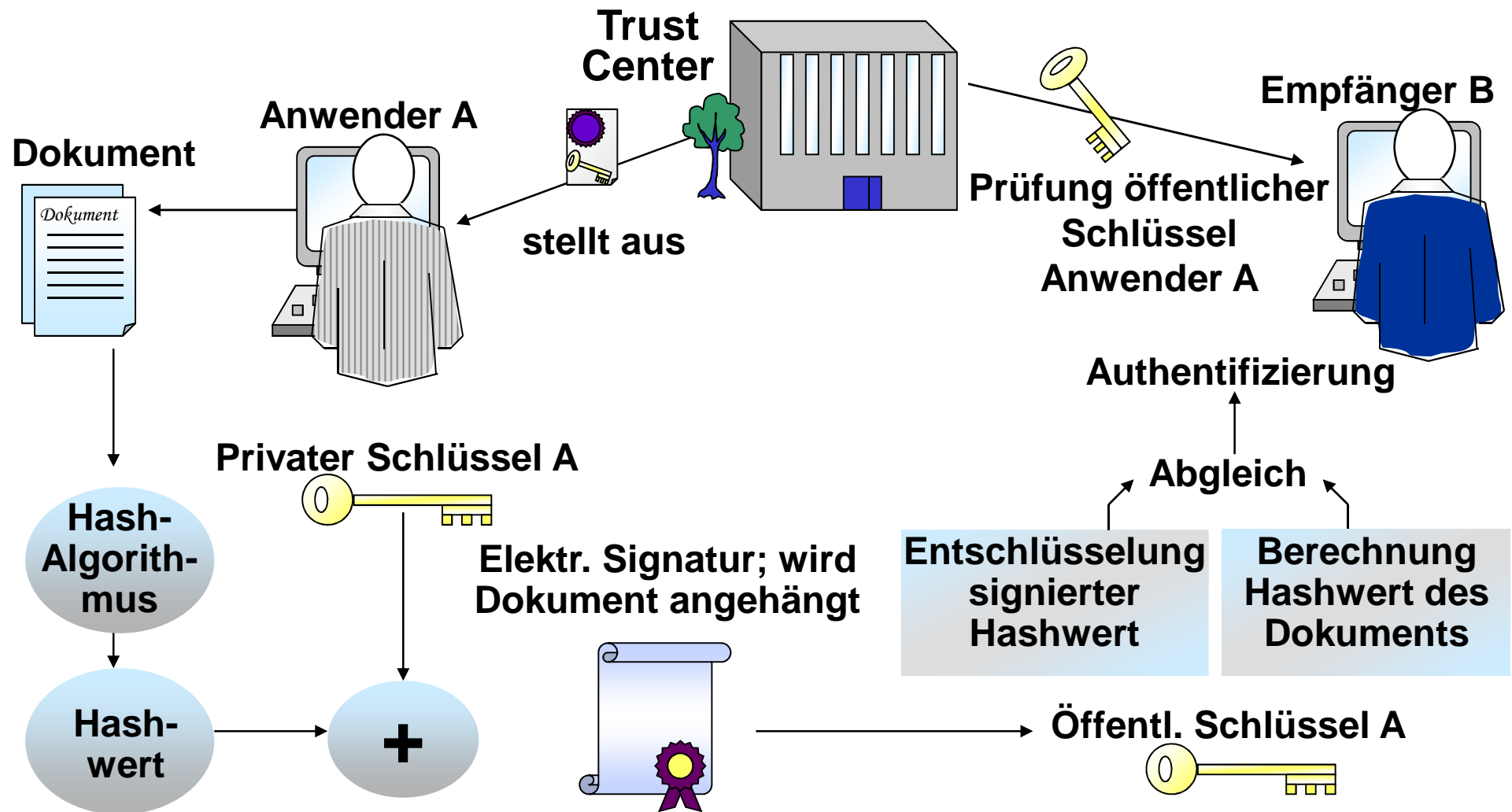
Exkurs: Es gibt elektronische Signaturen unterschiedlicher Qualität (3)



Exkurs: Es gibt elektronische Signaturen unterschiedlicher Qualität (4)



Die Funktionsweise der elektronischen Signatur mit asymmetrischem Verfahren



Gesetz zur Anpassung der Formvorschriften des Privatrechts und anderer Vorschriften an den modernen Rechtsgeschäftsverkehr vom 13.07.2001

Die elektronische Form ist ausgeschlossen für

- die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses (§ 623 BGB)
- die Erteilung einer Bürgschaftserklärung (§ 766 BGB)
- die Erteilung eines Schuldversprechens oder Schuldanerkennnisses (§§ 780, 781 BGB)
- den Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrages über mehr als EUR 200,- (§ 492 BGB)

Mit dem neuen Begriff „Textform“ werden auch elektronische Zeichen, die ausdrückbar sind, erfasst

§ 126 b BGB

Ist durch Gesetz **Textform** vorgeschrieben, so muss eine lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist, auf einem dauerhaften Datenträger abgegeben werden. Ein dauerhafter Datenträger ist jedes Medium, das

1. es dem Empfänger ermöglicht, eine auf dem Datenträger befindliche, an ihn persönlich gerichtete Erklärung so aufzubewahren oder zu speichern, dass sie ihm während eines für ihren Zweck angemessenen Zeitraums zugänglich ist, und
2. geeignet ist, die Erklärung unverändert wiederzugeben.



Die nach BDSG erforderliche Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten bedarf der Schriftform

§ 4 a BDSG

- (1) Die Einwilligung ist nur wirksam, wenn sie auf der **freien Entscheidung** des Betroffenen beruht. Er ist auf den vorgesehenen Zweck der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung sowie, soweit nach den Umständen des Einzelfalles erforderlich oder auf Verlangen, auf die Folgen der Verweigerung der Einwilligung hinzuweisen. Die Einwilligung bedarf der **Schriftform**, soweit nicht wegen besonderer Umstände eine andere Form angemessen ist. Soll die Einwilligung zusammen mit anderen Erklärungen schriftlich erteilt werden, ist sie **besonders hervorzuheben**.
- (2) ...



Pflichten des Anbieters von Telemediendiensten bei Speicherung personenbezogener Daten

§ 13 TMG

- (1) ...
- (2) Die Einwilligung kann **elektronisch** erklärt werden, wenn der Diensteanbieter sicherstellt, dass
 - 1. der Nutzer seine Einwilligung **bewusst** und **eindeutig erteilt** hat,
 - 2. die Einwilligung **protokolliert** wird,
 - 3. der Nutzer den **Inhalt** der Einwilligung jederzeit **abrufen** kann und
 - 4. der Nutzer die Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft **widerrufen** kann.
- (3) Der Diensteanbieter hat den Nutzer **vor** Erklärung der Einwilligung auf das Recht nach Absatz 2 Nr. 4 hinzuweisen. ...

⋮



Mit dem De-Mail-Gesetz soll die E-Mail (rechts-)sicher gemacht werden

DE-MAIL-GESETZ VOM 28.04.2011

§ 1 De-Mail-Dienste

- (1) De-Mail sind Dienste auf einer elektronischen Kommunikationsplattform, die einen **sicheren, vertraulichen** und **nachweisbaren** Geschäftsverkehr **für jedermann** im **Internet** sicherstellen sollen.
- (2) Ein De-Mail-Dienst muss eine sichere Anmeldung, die Nutzung eines Postfach- und Versanddienstes für sichere elektronische Post sowie die Nutzung eines Verzeichnisdienstes und kann zusätzlich auch Identitätsbestätigungs- und Dokumentenablagedienste ermöglichen. Ein De-Mail-Dienst wird von einem nach diesem Gesetz **akkreditierten** Diensteanbieter betrieben.
- (3) ...



Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (e-Government) ändert Verwaltungsverfahrensgesetz

(1/2)

Neu: § 3 a Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

Elektronische Kommunikation:

- (1) Die Übermittlung elektronischer Dokumente ist zulässig, soweit der Empfänger hierfür einen Zugang eröffnet.
- (2) Eine durch **Rechtsvorschrift angeordnete Schriftform** kann, soweit nicht durch Rechtsvorschrift etwas anderes bestimmt ist, durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer **qualifizierten elektronischen Signatur** nach dem Signaturgesetz versehen ist. Die Signierung mit einem **Pseudonym**, das die Identifizierung der Person des Signaturschlüsselinhabers nicht unmittelbar durch die Behörde ermöglicht, ist **nicht zulässig**. ...



Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (e-Government) ändert Verwaltungsverfahrensgesetz

(2/2)

§ 3 a Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

... Die Schriftform kann auch ersetzt werden

1. durch unmittelbare Abgabe der Erklärung in einem **elektronischen Formular**, das von der Behörde in einem Eingabegerät oder über öffentlich zugängliche Netze zur Verfügung gestellt wird;
2. bei **Anträgen** und **Anzeigen** durch Versendung eines elektronischen Dokuments an die Behörde mit der Versandart nach **§ 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes**; [ab 01.07.2014 in Kraft]
3. bei **elektronischen Verwaltungsakten** oder **sonstigen elektronischen Dokumenten der Behörden** durch Versendung einer De-Mail-Nachricht nach **§ 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes**, bei der die Bestätigung des akkreditierten Diensteanbieters die erlassende Behörde als Nutzer des De-Mails-Kontos erkennen lässt; [ab 01.07.2014 in Kraft]
4. ...



Bernd H. Harder

Rechtsanwalt

Maximilianstraße 38, D-80539 München

Tel.: ++49-(0)89-287 007-0

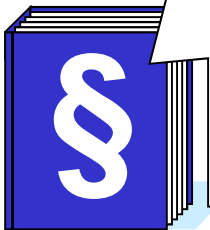
Fax: ++49-(0)89-287 007-29

www.harder-law.com

Rechtsgeschäftliche und rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse sind beim LOI zu beachten (2/3) !

§ 311 BGB

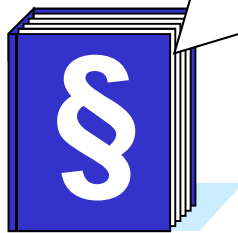
- (1) Zur Begründung eines Schuldverhältnisses durch Rechtsgeschäft sowie zur Änderung des Inhalts eines Schuldverhältnisses ist ein **Vertrag** zwischen den Beteiligten **erforderlich**, soweit nicht das Gesetz ein anderes vorschreibt.
- (2) Ein Schuldverhältnis mit Pflichten nach § 241 Abs. 2 entsteht **auch** durch
 1. die Aufnahme von Vertragsverhandlungen
 2. die Anbahnung eines Vertrags, bei welcher der eine Teil im Hinblick auf eine etwaige rechtsgeschäftliche Beziehung dem anderen Teil die Möglichkeit zur Einwirkung auf seine Rechte, Rechtsgüter und Interessen gewährt oder ihm diese anvertraut, oder
 3. ähnliche geschäftliche Kontakte



Rechtsgeschäftliche und rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse sind beim LOI zu beachten (3/3)

§ 311 BGB

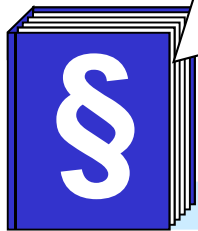
- (3) Ein Schuldverhältnis mit Pflichten nach § 241 Abs. 2 kann auch zu Personen entstehen, die **nicht** selbst Vertragspartei werden sollen. Ein solches Schuldverhältnis entsteht insbesondere, wenn der Dritte **in besonderem Maße Vertrauen** für sich in Anspruch nimmt und dadurch die Vertragsverhandlungen oder den Vertragsschluss **erheblich beeinflusst**.



Pflichten aus dem Schuldverhältnis

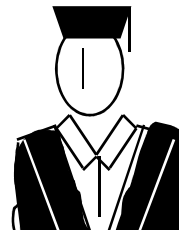
§ 241 BGB

- (1) Kraft des Schuldverhältnisses ist der **Gläubiger** berechtigt, von dem Schuldner eine **Leistung** zu **fordern**. Die Leistung kann auch in einem **Unterlassen** bestehen.
- (2) Das Schuldverhältnis kann nach seinem Inhalt **jeden Teil** zur Rücksicht auf die Rechte, Rechtsgüter und Interessen des anderen Teils verpflichten.



Das Sicherheitsbedürfnis im Rechtsverkehr nimmt zu

**Über 90 % aller rechtlichen Vorgänge sind ohne
Schriftform zulässig und wirksam!**



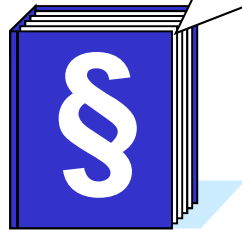
... aber nicht immer beweisbar!



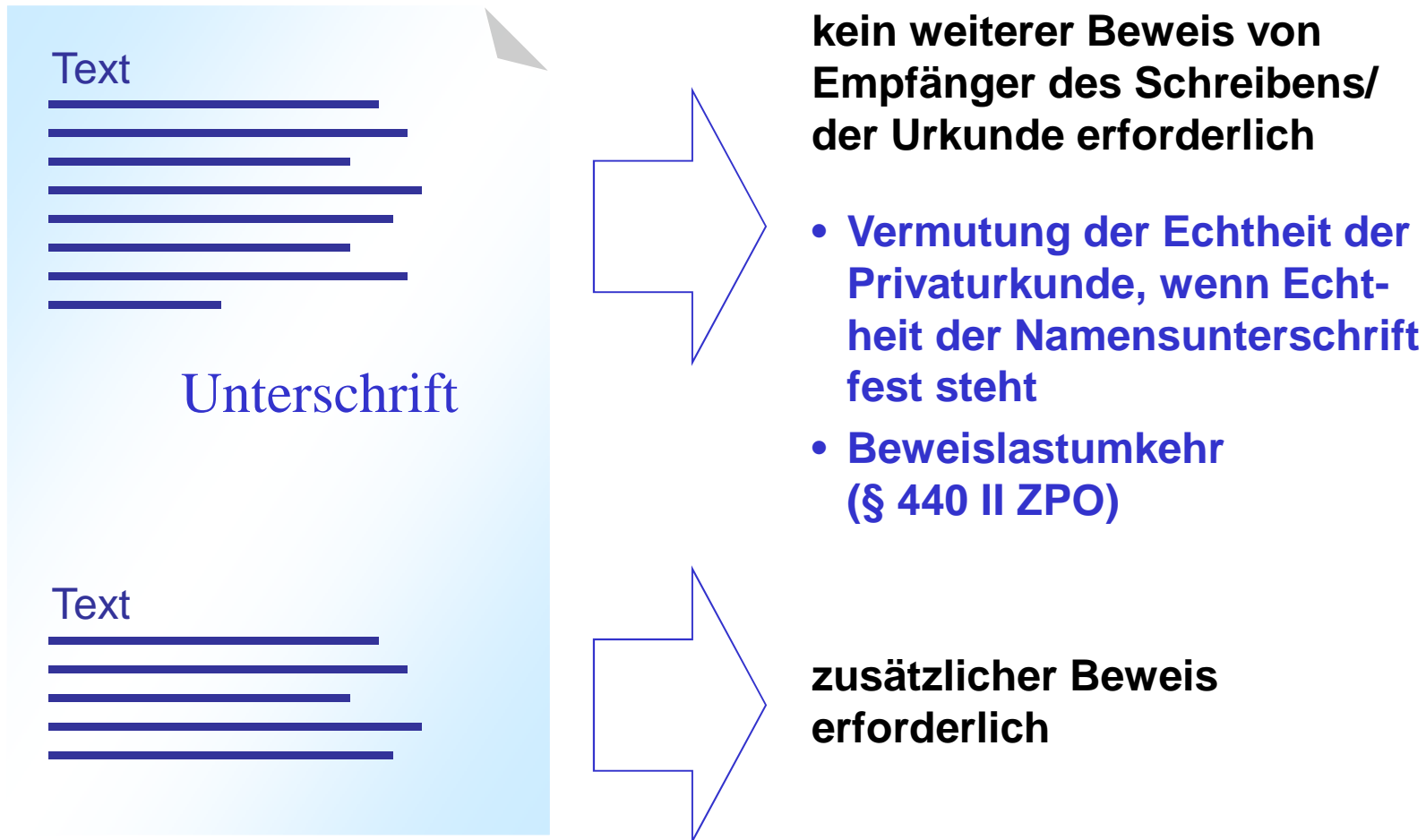
Die Regelungen des Urkundenbeweises gelten nicht in allen Ländern der EU

§ 416 ZPO

Privaturkunden begründen, sofern sie von den Ausstellern **unterschrieben** oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet sind, **vollen Beweis** dafür, dass die in ihnen enthaltenen Erklärungen von den Ausstellern abgegeben sind.



Die Unterschrift unter einen Text lässt Unterzeichner als Erklärenden vermuten



Bernd H. Harder

Rechtsanwalt

Maximilianstraße 38, D-80539 München

Tel.: ++49-(0)89-287 007-0

Fax: ++49-(0)89-287 007-29

www.harder-law.com